



Menschenrechtsfeindlichen Entwicklungen gilt es von Anfang an zu wehren, beispielsweise den Plänen von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, das Nachzugalter von Kindern ausländischer Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Ländern auf sechs Jahre zu senken.

Derartige Vorgänge haben das Europäische Parlament und seine Ausschüsse wiederholt beschäftigt, ebenso wie

- die Behandlung und Rechtsstellung der Wanderarbeitnehmer und Studenten aus Ländern der Dritten Welt in Frankreich und Belgien, die unter einer rigorosen Diskriminierung und Ausweisungspraxis leiden.
- Der Einsatz von Gummi-Wuchtgeschossen gegen nordirische Demonstranten, die Polizeimethoden gegenüber verdächtig erscheinenden Bürgern und die Haftbedingungen in den Gefängnissen von Nordirland.
- Die überlange Dauer von Strafprozessen gegen Angeschuldigte, die oft jahrelang in italienischen Untersuchungsgefängnissen auf ihren Prozeß warten.
- Die körperliche Züchtigung von Schülern in britischen Schulen ebenso wie weitere Kindesmißhandlungen auch in anderen Ländern der EG.
- Die Diskriminierung sexueller Minderheiten am Arbeitsplatz und bei der Arbeitssuche sowie im Strafrecht in allen EG-Staaten.

Das Europäische Parlament hat sich darüber hinaus natürlich immer wieder mit Menschenrechtsverletzungen überall in der Welt befaßt und sie verurteilt:

- Wir sind für die Gewerkschaftsrechte in Polen eingetreten; aus unseren Reihen kam die Empfehlung, Lech Walesa mit dem Friedensnobelpreis auszuzeichnen. Das geschieht an diesem Samstag in Oslo.
- Wiederholt haben wir die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei verurteilt und deshalb durch Parlamentsbeschluß die Auszahlung hoher Summen von EG-Geldern an die Türkei verhindert; im März 1984 wird die Menschenrechtssituation dort in einem zweiten Hearing im Europäischen Parlament untersucht werden. - Ich appelliere heute an die künftige Regierung der Türkei und das neue Parlament in Ankara, mit einer Generalamnestie für die politischen Gefangenen zu beweisen, daß die Verantwortlichen in der Türkei ernsthaft bestrebt sind, die Europäische Menschenrechtskonvention wieder zu achten.
- Eine geglückte Initiative ist auch die von den Sozialisten und Christdemokraten gemeinsam bewirkte Entschließung des Europäischen Parlaments gegen die US-amerikanische Einmischung in El Salvador; diese Entschließung wird häufig beim internationalen Protest gegen die Interventionspolitik der US-Regierung herangezogen.



- In der nächsten Woche wird das Europäische Parlament - aller Voraussicht nach - mit großer Mehrheit einen Entschließungsantrag der deutschen Sozialdemokraten Hellmut Sieglerschmidt und Klaus Hänsch unterstützen, der die EG-Außenminister auffordert, sich bei der Regierung der UdSSR für eine Ausreisegenehmigung für Andrej Sacharow und seine Frau Elena Bonner einzusetzen.

Längst nicht alle Initiativen des Europäischen Parlaments für die Menschenrechte führen unmittelbar zu Erfolgen. Dennoch: allein die Debatten des Parlaments sind für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen eine große moralische und politische Unterstützung. Das Parlament gewinnt auf diesem Gebiet zunehmend Achtung und Anerkennung. Deshalb wächst auch die Zahl der Aktions- und Initiativgruppen innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft, die sich mit Petitionen an die Europa-Abgeordneten wenden. Die Sozialistische Fraktion wird ihre Initiativen gegen Menschenrechtsverletzungen fortsetzen: Es gilt, das Bewußtsein der Öffentlichkeit wachzurütteln.

(-/9.12.1983/ks/rs)

+ + +



Den Menschenrechten Geltung verleihen

Demokraten müssen sich gegen Terror, Folter und Unterdrückung engagieren

Von Rudolf Bindig MdB

Vorsitzender des Unterausschusses für "Humanitäre Hilfe" des Deutschen Bundestages  
und Obmann der Arbeitsgruppe Menschenrechts- und Flüchtlingsfragen  
der SPD-Bundestagsfraktion

Am 10. Dezember 1983 ist es 35 Jahre her, daß von den Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte proklamiert wurde. Die Erklärung wurde in der Überzeugung angenommen, daß die "Anerkennung der allen Mitgliedern der menschlichen Familie innewohnenden Würde und ihrer gleichen und unveräußerlichen Rechte die Grundlage der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens bildet".

Zwischen Zielsetzung und Verwirklichung gibt es noch heute eine große Kluft. In vielen Teilen der Welt, insbesondere in Mittel- und Lateinamerika, Afrika und Asien, aber auch in Europa, werden Menschen wegen ihrer Hautfarbe, ihrer politischen Überzeugung, ihrer Religion, ihrer Sprache oder der nationalen Herkunft gefangen genommen, vertrieben, gefoltert und geknechtet. In vielen Ländern charakterisieren Willkür, Einschüchterung und physische Bedrohung die Beziehungen zwischen den Regierenden und den Regierten; in einigen Ländern "verschwinden" mit Billigung der Regierung gewaltsam Menschen, es gibt politische Morde und es agieren Todesschwadronen, welche die Bevölkerung in Angst und Schrecken setzen.

Verletzung von Menschenrechten ist es auch, wenn täglich 40.000 Kinder in der Dritten Welt aufgrund von Hunger und Durst sterben und wenn Menschen wegen Unterernährung lebenslang körperlich und geistig geschädigt bleiben. In den Staaten der Dritten Welt tritt das "Menschenrecht auf Entwicklung" als Forderung zu den in der westlich politischen Tradition entstandenen politischen und bürgerlichen Menschenrechte hinzu, die den einzelnen vor ungerechtfertigten Übergriffen der Staatsgewalt schützen und ihm das Recht zur politischen Betätigung und freier Meinungsäußerung gewährleisten sollen. Die Verwirklichung von sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechten hat in diesen Ländern eine gleichwertige Bedeutung wie die Entfaltung der kulturellen, politischen und bürgerlichen Menschenrechte.

Nicht nur verbal dürfen die Staaten der freien Welt sich der Menschenrechte annehmen, sondern sie müssen sie zu ihrer gemeinsamen Sache machen und sich aktiv gegen Terror, Folter und Rassendiskriminierung und Unterdrückung demokratischer Kräfte einsetzen. Zur Förderung des "Menschenrechts auf Entwicklung" müssen die Staaten ihre Anstrengungen auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik fortsetzen und verstärken.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird nicht nachlassen in ihrem Bemühen, den Menschenrechten Geltung zu verleihen. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt zum Tag der Menschenrechte den Appell von amnesty international für eine allgemeine Amnestie für alle gewaltlosen politischen Gefangenen. (-/9.12.1983/ks/rs)

+ + +



### Die Logik der Aufrüstung

---

Die Welt taumelt einer gefährlichen Konfrontation entgegen

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Nach dem Abbruch der Genfer INF-Verhandlungen und der Unterbrechung der START-Verhandlungen befinden sich Ost und West in einer rüstungskontrollpolitischen Sackgasse. Ein rüstungskontrollpolitischer Ansatz, dessen Wurzeln bis zur Erfahrung der Kuba-Krise zurückreichen, und der im Bündnis (Harmel-Bericht) von einem soliden Konsens getragen wurde, ist der Logik der Aufrüstung zum Opfer gefallen.

Diejenigen, die seit dem Regierungswechsel in Washington Abrüstungsverhandlungen ohnehin als Selbstbindung des Westens beargwöhnt haben, werden den jetzt erreichten Zustand vielleicht als Ausdruck der eigenen Stärke einstufen. In Wirklichkeit taumelt die Welt einer gefährlichen Konfrontation der beiden Supermächte auf Kosten der internationalen Sicherheit entgegen. Eine Neuauflage von "brinkmanship", Politik am Rande des Abgrundes, scheint sich anzubahnen. Eine solche Politik ist beim jetzigen Stand der Waffenentwicklung noch unverantwortlicher als früher.

Bedrückend ist in dieser Situation auch die Tatsache, daß die Rechtskoalition in Bonn den eingetretenen Schaden mit Versuchen zur Verharmlosung und Verschleierung der wirklichen Lage zu übertünchen sucht. Die Rechtskoalition ist dabei, den Vorrat an Vertrauen und Respekt, den die Bundesrepublik auf der Grundlage sozialdemokratischer Politik sowohl in Moskau als auch in Washington erworben hatte, zu verwirtschaften. Die politische "Umwertung" des Andropow-Briefes durch Bundeskanzler Kohl nach dem Scheitern der INF-Verhandlungen war nur ein, allerdings ein besonders gravierendes Beispiel dieses diplomatischen und politischen Versagens.

Nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die USA dürften sich durch ein derartig plummes Vorgehen der Bundesregierung verprellt fühlen.

Die Denkpause, die man jetzt nicht ohne eine gewisse Überheblichkeit der Sowjetunion empfiehlt, sollte man sich in Bonn und Washington bitte auch selbst verordnen. Das "politische Signal" der NATO zur Fortsetzung der Verhandlungen wird - wie der Namensartikel des deutschen Außenministers vom Anfang dieses Monats - Worthülse und Sprechblase bleiben, wenn man sich auf westlicher Seite nicht auch zu einer Neubewertung und Veränderung der eigenen Politik durchringt. (-/9.12.1983/ks/rs)

+ + +



**Großen Kanzler-Worten folgte die Absage**  
-----**Kohl verweigert christlichen Frauen aus der Pfalz den Friedensdialog**

Von Horst Sielaff MdB

In seiner Regierungserklärung anlässlich des Stationierungsbeschlusses der NATO am 21. November 1983 sagte Kanzler Kohl: "Im Ringen um den äußeren Frieden darf der innere Frieden nicht in Gefahr geraten" und weiter: "Ich habe großen Respekt vor der persönlichen Gewissensüberzeugung eines jeden, die in der Friedensdiskussion zum Ausdruck kommt." Ein Lippenbekenntnis? Zum Respekt vor einer anderen Meinung gehört doch sicherlich auch die Bereitschaft, mit den Menschen, die eine andere Überzeugung haben, wenigstens zu reden. Aber Helmut Kohl macht große Worte - wenn die dazugehörigen Taten gefordert sind, verweigert er sich.

Ende Oktober dieses Jahres schrieben evangelische Christinnen der Arbeitsgruppe "Frauen wagen Frieden" aus der Heimat Helmut Kohls an den Kanzler: "Wir glauben, daß wir als Christenmenschen die Pflicht haben, aus dieser todbringenden Sackgasse umzukehren und auf dem Weg der Umkehr den ersten Schritt zu wagen. Darüber möchten wir uns mit Ihnen unterhalten. Sicher ist es auch Ihnen ein Anliegen, evangelische Christinnen von der Basis der Friedensbewegung in Ihrer pfälzischen Heimat kennenzulernen. Daher hoffen wir zuversichtlich, daß Sie uns dieses Gespräch nicht abschlagen werden...".

Erst nahezu vier Wochen später ließ Kohl durch den Leiter des Kanzlerbüros seinen pfälzischen Mitbürgerinnen antworten. "Ich muß Sie um Verständnis bitten, daß es dem Bundeskanzler aufgrund seiner Terminlage nicht möglich ist, das von Ihnen gewünschte Gespräch zu führen. Ich darf Sie aber auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 21. November 1983 hinweisen, in der er umfassend die Grundlagen seiner Politik der Sicherung von Frieden und Freiheit dargelegt und zu den auch Sie bewegenden Fragen Stellung genommen hat. Den Text seiner Rede füge ich Ihnen bei."

Mit Recht sind die Kirchenfrauen aus der Pfalz verwundert und wollen die Absage keinesfalls verständnisvoll hinnehmen. Sie haben vielmehr den Eindruck, daß nur "Beifall spendende Pfälzer" die Zeit des Kanzlers beanspruchen dürfen und sind der Auffassung, daß die Bonner Bühne nicht als "Hofhaltung" mißbraucht werden dürfte, auf der nun jubelnde Untertanen willkommen sind. Die pfälzischen Kirchenfrauen, Mütter und Großmütter, vorwiegend ab 35 Jahren, wollen ihre Bäte um ein Gespräch wiederholen. Sie verweisen darauf, daß ein Kanzler, der viel Zeit hat, Besuche bei der Bundeswehr zu machen, auch Zeit für Besuche bei der Friedensbewegung haben muß.

Die Pfalz besteht nicht nur aus einem "fröhlichen Weinberg", zur Pfalz gehören auch die vielen christlichen Friedensgruppen. Der Kanzler sollte die Chance nutzen, auch mit Vertreterinnen dieser Friedensbewegung einmal zu sprechen. Verweigerung ist kein Beitrag zum inneren Frieden zwischen den gesellschaftlichen Gruppen.

(-/9.12.1983/ks/rs)

+ + +



Zur Erinnerung an David Ben Gurion

---

Vor zehn Jahren starb der große israelische Staatsmann

Von Peter Michels

Vorsitzender des Freundeskreises der israelischen Arbeiterbewegung  
1957 bis 1975 Landesbezirksvorsitzender DGB Nordrhein-Westfalen

Vor zehn Jahren, am 10. Dezember 1973, starb David Ben Gurion, der Mitbegründer des modernen Israel, eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der Internationalen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung.

David Ben Gurion, in Plonsk in Polen geboren, kam schon vor dem Ersten Weltkrieg nach Palästina. Sein großes Vorbild war Leo Pinsker, einer der Repräsentanten der zionistisch-sozialistischen Bewegung, die nach schrecklichen Pogromen in Rußland gegen Juden, nach 1880 mit der Wiedereinwanderung nach Palästina und der Gründung jüdischer Siedlungen begannen. An der Schwelle des künftigen neuen Israel stand die sozialistische Leitidee von der alle verbindenden Solidarität und Humanität. Kein Wunder, daß auch der Ausgleich, ja das Angebot von Freundschaft und Gemeinsamkeit an die arabischen Bewohner Palästinas in Leidenschaft und Überzeugung angeboten wurde.

In diesem Geiste der jüdischen Pionierarbeit für einen modernen, sozialistischen jüdischen Staat und der freundschaftlichen Beziehungen zu allen Menschen, für die Palästina Heimat war und ist, kam David Ben Gurion zur jüdischen zionistisch-sozialistischen Bewegung. 1921 wurde er zum Mitbegründer und erstem Generalsekretär der Histadrut, die mit ihrem Programm der Arbeitsplatzbeschaffung, der sozialen, kulturellen und gesundheitspolitischen Sicherung der Einwanderung bereits vorstaatliche Aufgaben erfüllte und damit den Grundstein für die spätere staatliche Struktur legte ohne die, vor, während und nach der nazistischen Judenausrottung hunderttausende jüdischer Menschen keine Zuflucht und keine Überlebenschance gefunden hätten.

David Ben Gurion baute in den ersten 14 Jahren seiner Amtszeit ein beispielhaftes Gewerkschaftswesen auf. Von 1930 bis 1965 war er aber auch Generalsekretär der sozialistischen Mapai-Partei und wurde in dieser Eigenschaft 1948 der erste Ministerpräsident des unabhängig gewordenen Israel.



Der Politiker und Gewerkschafter David Ben Gurion hat in seinem politischen Leben nie Abstand von der Grundauffassung genommen, daß es einen friedlichen Ausgleich und gute Nachbarschaft zu den arabischen Bürgern Palästinas geben müsse, gleichwohl aber Israel stark genug sein müsse, nicht nur um die eigene Existenz zu sichern, sondern auch das große gewerkschaftliche Werk nicht der Zerstörung zu überlassen. Dieses große gewerkschaftliche Werk besteht heute aus Genossenschaften und Kooperationen, Gemeinnützigen Einrichtungen, genossenschaftlichen Betrieben, Siedlungen.

Zu diesem großen gewerkschaftlichen Werk gehört ein mustergültiges Gesundheitswesen mit über 1.200 Polykliniken, ein von den Gewerkschaften getragenes beispielhaftes und solidarisches Sozial- und Versicherungswesen, schließlich auch ein beispielhaftes Bildungswesen wenn man daran erinnert ist, daß es Ben Gurion war, der weit vorausschauend den Anstoß für die Gründung der ersten Hebräischen Universität schon 1925 gab und der schließlich noch vor seinem Tod die nach ihm benannte Ben-Gurion-Universität in Ber Sheba gründete.

David Ben Gurion hat der Weltgeschichte auch seine Handschrift aufgeprägt. Sein großes Vermächtnis ist ein Traum und eine Realität zugleich: Die Wüste Negev zu besiedeln und aus Oedland wieder ein blühendes Paradies zu machen. Er ist in Sdehoker, einem Wüstenkibbuz südlich von Ber Sheba begraben und ringsum sein Grab reihen sich die Plantagen mit Orangen- und Aprikosenbäumen als sichtbares Zeichen dafür, daß Träume in Erfüllung gehen können.

Er hat in schwierigen Jahren noch vermocht, vieles von dem zu sichern und zu stabilisieren, was aus dem besten gewerkschaftlichen Geist dieser Welt kam und ohne den der Staat Israel kaum seine Entfaltung hätte erleben können.

Auch für uns, die wir uns in einem Freundeskreis der Israelischen Arbeiterbewegung zusammengefunden haben, ist David Ben Gurion einer der bedeutendsten Gewerkschaftsrepräsentanten der freien, demokratischen Welt. An ihn zu erinnern und sein beispielhaftes Wirken zu verehren, ist uns gerade in dieser Zeit eine selbstgewählte Verpflichtung, in der die offizielle Regierungspolitik in Israel zunehmend die gewerkschaftlichen Errungenschaften gefährdet. Unsere Solidarität mit der israelischen Arbeiterbewegung ist auch ein Beitrag zur Gestaltung des Staates Israel zu einem beispielhaften Sozialstaat und eine Stärkung unserer israelischen Freunde und Kollegen in ihrem harten Kampf, die Gefahren von den, von David Ben-Gurion geschaffenen, gewerkschaftlichen Errungenschaften und Einrichtungen abwenden zu helfen.

(-/9.12.1983/ks/rs)

+ + +

